impulse

Informationsblatt des Kreisverbandes der Partei DIE LINKE. Märkisch-Oderland

3
2022



Breite Empörung über Krieg in der Ukraine

„Sag mir wo die Blumen sind“ und „Kleine weiße Friedenstaube“ - jeder hier kennt diese eindringlichen Antikriegslieder. Als sie am 26. Februar in der Gedenkstätte Seelower Höhen während einer Friedenskundgebung gegen den Einmarsch russischer Truppen in die Ukraine erklangen, stimmten zahlreiche TeilnehmerInnen bewegt in den Gesang ein. Auf der Demonstration, zu der die LINKE Märkisch-Oderland aufgerufen hatte, um ein deutliches Zeichen für eine friedliche Lösung und für einen unverzüglichen Stopp der Kampfhandlungen in der Ukraine zu setzen, brachten mehrere Redner ihre Unfassbarkeit über den Krieg zum Ausdruck.

Nie hätte er geglaubt, dass heute noch in Europa ein Land das andere überfalle, unterstrich der Vorsitzende der Linkspartei des Landkreises, Niels-Olaf Lüders. Er forderte zu Diplomatie und Vernunft auf. Sicherheit für ganz Europa entstehe nicht durch eine Verschärfung der Konfrontation der Großmächte und deren Kampf um geopolitische Einflusssphären.

Seelows Bürgermeister, Jörg Schröder (SPD) erinnerte daran, dass mehrfach an diesem historischen Ort über Gräber des Zweiten Weltkrieges hinweg, gemeinsam mit Vertretern Russlands geschworen wurde: Nie wieder Krieg!

Der Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Kreistag, Uwe Salzwedel, machte darauf aufmerksam, dass nun - gerade für junge Menschen nach der Pandemie - noch das Trauma eines Krieges nur ca. 1000 Kilometer vor der Haustür dazu käme.

Wie wichtig nach wie vor persönliche Kontakte zwischen den Menschen über Ländergrenzen hinweg seien, verdeutlichte Bettina Fortunato, Vorsitzende des Kreistages und Landtagsabgeordnete der LINKEN. Die Partnerschaft des Landkreises mit der russischen Stadt Kamyschin müsse weiter gepflegt werden.

Bundestagsabgeordnete Simona Koss (SPD) rief dazu auf, den Menschen Hilfe zu geben, die Hilfe bedürften. *r.a.*

Unser Trinkwasser wird knapp — **Seite 3**

Im Zweifel für den Frieden — **Seiten 4**

Klimavorschläge in Strausberg — **Seite 6**

Tanz im Kimono zu Rockmusik — **Seite 7**

Linke vor Ort

Niels-Olaf Lüders erneut Kreisvorsitzender der LINKEN

Wieder mehr Solidarität untereinander und mit den Menschen



Niels-Olaf Lüders wurde am 19. Februar auf einer turnusmäßigen Wahlversammlung in Seelow erneut zum Vorsitzenden der LINKEN Märkisch-Oderland gewählt.
Impulse sprach mit ihm.

Niels, DIE LINKE. hat auch im Landkreis Märkisch-Oderland bei den letzten Wahlen herbe Verluste einstecken müssen. Wie will die Partei in unserer Region wieder aus dem Tief kommen?

Die Partei kann nur insgesamt wieder aus dem Tief kommen, das auch wir in der Region trotz eines sehr engagierten und guten Wahlkampfes deutlich zu spüren bekommen haben. Wir sollten versuchen mit dazu beizutragen, die entscheidenden innerparteilichen Defizite zu beseitigen. Diese bestehen meiner Meinung nach in Zerstrittenheit, Rechthaberei und unzureichendem Zusammenhalt. So etwas nehmen die Wählerinnen und Wähler wahr und sprechen uns die politische Wirksamkeit ab. Und das ist etwas, was wir – anders als das ebenfalls sehr schädliche unbedingte und bis an den Rand der Selbstaufgabe betriebene Buhlen der Gesamtpartei um einen Regierungskatzentisch auf Bundesebene – schon auf der Ebene des Kreisverbands ändern können und ändern sollten.

Auch auf Kreisebene sollten wir uns in unserem jeweiligen politischen Engagement wertschätzen und Raum geben. Kritik muss dort wo sie vorgebracht ist, freundschaftlich, konstruktiv und keinesfalls belehrend sein. Sie sollte nicht der eigenen Profilierung (und schon gar nicht der Schädigung von Genossinnen und Genossen) dienen und deswegen parteiintern ausgetragen werden.

Neue Ideen müssen wohlwollend und in einem hohen Maß an Toleranz diskutiert werden. Ich würde mich freuen, wenn es uns gelänge, ein noch positiveres innerparteiliches Beispiel für gelebten Gemeinsinn und Solidarität abzugeben. Und wenn es dadurch erkennbar auch Freude bereitet, sich bei uns politisch einzubringen, sich Gehör zu verschaffen und Dinge gemeinsam zu verändern, dann gewinnen wir auch sicher noch mehr neue Mitglieder und damit zwangsläufig auch verloren gegangenen gesellschaftlichen Einfluss zurück.

Wir müssen wieder näher bei den Menschen sein und ihre Probleme lösen helfen.

Welche Themen sind für die Kommunalpolitiker der Linkspartei vor allem wichtig?

Es sind – einfach gesagt – die Themen, die die Menschen bewegen und die einen Beitrag zur Bewältigung der gewaltigen Zukunftsaufgaben leisten. Ich bin der festen Überzeugung, dass drückende Alltagsprobleme und die großen Menschheitsfragen nur dann wirklich gelöst werden können, wenn das kapitalistische Wirtschaftssystem infrage gestellt und im Ergebnis abgelöst wird. Diese Position ist ja auch das Alleinstellungsmerkmal der LINKEN. Davon hängen sowohl die konsequente Inangriffnahme der Klimafrage als auch die entschiedene Verbesserung des während der Corona-Pandemie offen zutage getretenen kaputt gesparten Gesundheitssystems ab. Die Daseinsvorsorge gehört in öffentliche Hand.

Das sollten wir in kommunalpolitischen Debatten beachten, wenn es um Privatisierungen, Outsourcing in der Verwaltung, Bildungsgerechtigkeit, Wohnungsnot oder die von Gewinnstreben motivierte Vernichtung natürlicher Ressourcen geht. Und das sollten wir bei allem natürlich immer auch erforderlichen kommunalpolitischen Pragmatismus und bei aller für Verbesserungen der gegenwärtigen Lebensverhältnisse nötigen Kooperationsbereitschaft auch im oft kleinteiligen kommunalpolitischen Maschinenraum nie aus den Augen verlieren.

DIE LINKE. Märkisch-Oderland wählte am 19. Februar 2022 einen neuen Kreisvorstand. Zum Vorsitzenden bestimmte sie **Niels-Olaf Lüders**.
Seine Stellvertreter wurden Doris Richter und Ronny Kühn. Simone Schubert ist erneut zur Geschäftsführerin bestimmt. Kerstin Schönberg bleibt die Verantwortliche für Finanzen.
Die GenossInnen wählten zudem eine neue Revisonskommission sowie ihre Delegierten für den Landesparteitag Brandenburg und den Bundesparteitag der LINKEN.

Unsere Abgeordneten in den Parlamenten

Macht den Frauentag zum Feiertag!

Landtagsabgeordnete Bettina Fortunato betont volle Gleichberechtigung

Ende Februar forderte die Abgeordnete der LINKEN Bettina Fortunato im Landtag dazu auf, auch in Brandenburg, den Internationalen Frauentag am 8. März zum gesetzlichen Feiertag zu erklären. In 26 Staaten sei dies bereits der Fall – ebenso in Berlin und ab 2023 in Mecklenburg-Vorpommern. Dieser Feiertag wäre ein symbolisches Zeichen der Solidarität, der Achtung und der Empathie an die Frauen und deren Lebensleistung, denn nach wie vor herrsche in deren Lebensrealität keine Gleichberechtigung, so die Politikerin. Unter fadenscheinigen Gründen wurde dieser Antrag der LINKEN vom Landtag abgelehnt.

In ihrer Rede verwies Fortunato darauf, dass die Rechte der Frauen „keine Sonderrechte, sondern Menschenrechte“ seien, so wie es die Sozialistin Clara Zetkin bereits 1910 forderte. Seit über 100 Jahren werde der Frauentag in vielen Teilen der Welt, wie Zetkin es vorschlug, gefeiert.

Auch wenn sich die Rolle der Frau in der Gesellschaft gewandelt habe: Es bestehen weiterhin globale Probleme bei der Gleichberechtigung. In diesem Jahr werde der Kampf gegen Vorurteile, Stereotypen und Diskriminierung in den Vordergrund gerückt. Das Motto 2022 laute „Break the bias“ – sinngemäß ‚Stoppt die Voreingenommenheit‘.

In Deutschland stehen vor allem die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Gehaltsunterschiede und mehr Mitspracherecht für Frauen in der Politik im Focus. Lange war auch die Abschaffung des Paragraphen 219a im Strafgesetzbuch ein Thema. Darin wird Werbung für Schwangerschaftsabbrüche verboten. Der Paragraph soll von der Ampelkoalition ja nun gestrichen werden. Dafür plädiere die LINKE schon lange.

„Leider haben wir in Brandenburg noch nichts Nennenswertes vom Beschluss ‚Frauen in der Coronapandemie jetzt unterstützen und stärken‘ umgesetzt. Dieser Antrag feiert bereits sein Einjähriges“, erinnerte Fortunato.



Wasserknappheit erregt Gemüter – Mehrfache Poolfüllungen eindämmen

Renate Adolph über Fachgespräch im Landtag

Das Thema Wasser erregt in vielen Kommunen Märkisch-Oderlands die Gemüter.

Vor allem seit sich die Mehrheit der im Wasserverband Strausberg-Erkner (WSE) versammelten Bürgermeister für eine Satzungsänderung entschieden hat, um das wertvolle Nass im Sommer in einer annehmbaren Größenordnung für Haushalte und Unternehmen zu deckeln. Das stetige Absinken des Grundwassers, zu wenige Niederschläge in den zurückliegenden Jahren sowie demgegenüber zunehmende Verschwendung von Trinkwasser u. a. für mehrfache Poolfüllungen und Gartengießen bei Hitze machten nach Ansicht des Verbandes diese Herangehensweise erforderlich.

Angesichts zunehmender Wasserknappheit im gesamten Berliner Umland befasste sich im Februar auch der Umweltausschuss des Landtages Brandenburg auf Antrag der LINKEN mit Perspektiven der Trinkwasserversorgung in der Region.

Der umweltpolitische Sprecher der Linksfraktion, Thomas Domres, konstatierte nach dem Fachgespräch mit Wissenschaftlern und Kommunalvertretern: „Klimawandel, Bevölkerungswachstum und Industrieansiedlungen machen Wasser zu einer knappen Ressource. In absehbarerer Zeit werden die Wasserversorger in der Hauptstadtregion nicht mehr genug Wasser fördern können.“ Regionsübergreifend müsse jetzt an einer zukunftssicheren Versorgung gearbeitet werden.

Joachim Jost von den Berliner Wasserbetrieben (BWB) unterstrich, die Tesla-Fabrik sei dabei nur ein kleiner Teil des Problems. 2050 werden 51 Prozent der brandenburgischen Bevölkerung in einer Zone 30 Kilometer rund um Berlin leben. Der Trinkwasserbedarf werde damit um 50 Millionen Kubikmeter steigen. Der Verbandsvorsteher des WSE, André Bähler, betonte, dass der WSE mit gegenwärtigen 15 Millionen Kubikmetern im Jahr einstweilen mit der Trinkwasserversorgung hinkomme.

Kolumne

Im Zweifel für den Frieden

Persönlich sind wir neben dem Schock sehr irritiert, ja entsetzt. Russland, Putin erklärt in der Nacht in einer Ansprache an das russische und ukrainische Volk sowie an das westliche Militärbündnis, die NATO, dass er eine großflächige „Sonderoperation der russischen Armee in der Ukraine“ befohlen habe, um diese zu „entmilitarisieren und [zu] entnazifizieren“ und die Verantwortlichen für den Völkermord an den Russen vor Gericht zu stellen.

Das bedeutete die Ausrufung eines Kriegs gegen den Nachbarstaat und einen klaren Bruch des Völkerrechts. Diese gilt es zu verurteilen, genauso wie wir es bei den Kriegen der USA und der NATO gegen Afghanistan, Irak oder Jugoslawien taten. Die Forderung lautet: Schluss mit dem Krieg und sofortige Rückkehr zum Frieden in Europa und für alle Völker in der Welt, die doch so zerbrechlich ist.

In der für uns völlig unverständlichen Lage erheben sich tausend Fragen. Wir wissen viel zu wenig, oft auch nichts, obgleich wir in den zurückliegenden Jahrzehnten gelernt haben, dass im Krieg die Wahrheit zuerst stirbt. Wieso konnte es nach dem kürzlichen Dialogmarathon in Moskau, Genf, Paris, Berlin oder auch per Telefon mit Washington zu einem solchen, mir unerklärlichen Entschluss der russischen Führung kommen? Bislang war mir immer das Lied „Meinst Du die Russen wollen Krieg?“ im Gedächtnis. Doch was passiert jetzt? Auf diese Frage könnte man mit Gegenfragen antworten, nämlich was war der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen brachte und dazu führte, dass Russland den Rubikon überschritt? War es die Einsicht in den Unwillen der Ukraine und seiner Unterstützer, zu einer friedlichen Lösung des innerukrainischen Konflikts auf der Grundlage der Minsker Abkommen zu gelangen und dem acht Jahre währenden Leid der Menschen in der Ostukraine ein Ende zu setzen? Oder war es vielleicht die tief im Gedächtnis des russischen Volkes verwurzelte und nicht unbegründete Angst, in eine ähnliche Situation zu geraten, wie die Sowjetunion vor und während des Zweiten Weltkrieges? Waren etwa für Russland die Sicherheitsrisiken in der Kräftebilanz mit der NATO so groß geworden, dass es unmöglich war, auf andere Weise zu reagieren? Bedurfte es nach den Gesprächen mit Biden, Scholz und Makron schon keines weiteren Beweises dafür mehr, dass die USA und ihre NATO-Partner nicht gewillt sind, ihren Kurs der militärischen Einkreisung und wirtschaftlichen Schwächung Russlands zu beenden und zu einem System der gemeinsamen Sicherheit überzugehen? Oder besann sich Russland einfach des Beispiels Kosovo, um im Osten Europas eine neue Sicherheitsstruktur zu etablieren?

Was es auch immer war. Unser Appell richtet sich an alle, die direkt oder auch indirekt für diese gefährliche Situation Verantwortung tragen. Es ist fünf vor zwölf. Besinnen sie sich. Überwinden sie ihre Vorurteile und Ambitionen, allein den Globus beherrschen zu wollen. Wie schnell führt ein territorial begrenzter Krieg zu einem Weltenbrand, bei dem niemand überleben wird. Erinnern wir uns auch an die Geschichte der Weltkriege, den Einsatz der Atombombe durch die USA, der Ereignisse in Jugoslawien, insbesondere den Kosovo, die Irak und Libanon Lüge, den sinnlosen Krieg in Afghanistan u.a.m. durch die westliche Allianz unter Führung der USA. Kehren sie alle an den Tisch des Dialoges zurück und suchen sie aufrichtig nach Lösungen, wie der Frieden, der in Europa 77 Jahre gehalten hat, wiederhergestellt und bewahrt werden kann. Das allerdings geht nur, wenn man bereit ist, seinem Gegenüber zuzuhören und dessen Befürchtungen ernst zu nehmen. Stellen sie auf diese Weise wieder Vertrauen her.

Im Zweifel immer für den Frieden! Schluss mit Krieg! Auf in einen zielführenden Dialog!

Reiner Donath
Gerhard Schwarz



Zeitzeugen

Stoppt die Eskalation! Sorgt für Frieden in der Ukraine – und mit Russland!

Der Herausgeber der „NachDenkSeiten – Die kritische Website“ (www.nachdenkseiten.de), Albrecht Müller, veröffentlichte am 28. Februar seine Einschätzung zur Rede von Bundeskanzler Scholz am 27. Februar im Bundestag. Darin bezeichnet der Volkswirt, Publizist und ehemaliger Politiker (SPD) die Rede von Scholz zum völkerrechtswidrigen Angriff Russlands auf die Ukraine als Kriegsrede. Die von der übergroßen Mehrheit der Mitglieder des Deutschen Bundestags von SPD, FDP, die Grünen, CDU und CSU befürwortete massive Aufrüstung und die angekündigten Waffenlieferungen an die Ukraine müsse man als Beteiligung am dortigen Krieg interpretieren, so Müller. Es gebe in der Rede keine Perspektive, kein Ansatz für Verständigung, sondern nur mehr Rüstung und mehr ideologische Aufrüstung: Hier werde eskaliert. Es werde die Abkehr des Anführers der Sozialdemokratie in der Regierung von einer guten friedenspolitischen Rolle der SPD in der 2. Hälfte des letzten Jahrhunderts sichtbar.

Die Behauptung von Scholz: Putin wolle die „Ukraine von der Weltkarte tilgen“, hält der Autor für unwahrscheinlich. Russland wollte Sicherheitsgarantien. Das sei angesichts der Konfliktbereitschaft des Westens und der erklärten Absichten durchaus verständlich, auch wenn es keinen Krieg rechtfertige.

Die deutsche Außenministerin Baerbock habe bei der Ankündigung der Sanktionen: „Das wird Russland ruinieren“ erklärt. Die britische Außenministerin Liz Truss habe sich ähnlich geäußert: Ziel der Maßnahmen sei es, „die russische Wirtschaft zu zerstören“. Aus Sicht des Autors war die westliche Strategie im Umgang mit Russland – ganz auf der Linie des großen westlichen Strategen Brzeziński – von vornherein darauf angelegt, massive Sanktionen verhängen zu können, um auf diese Weise Russland zu ruinieren und einen Regime Change zu erreichen. Wie man an den Äußerungen der beiden Außenministerinnen erkennen könne, sei es unter dem Eindruck des Beifalls für die westlichen Führungskräfte möglich, die Ziele Ruin und Zerstörung offen auszusprechen. Und es sei nun möglich, massive Aufrüstungsprogramme zu verkünden und durchzusetzen. Dabei befürchtet Müller, die Ankündigung und die Bestätigung ruinöser Absichten könne zu unkalkulierbaren gefährlichen Reaktionen führen.

In wenigen Zeilen habe Kanzler Scholz erkennen lassen, wer die eigentlichen Gewinner der Auseinandersetzung seien: die USA. Lapidar hieße es ziemlich weit hinten in der Rede des Bundeskanzlers: „Und schließlich haben wir die Entscheidung getroffen, zwei Flüssiggas-Terminals, LNG-Terminals in Brunsbüttel und Wilhelmshaven schnell zu bauen.“

Es habe ein paar wenige „Abweichler“ vom allgemeinen Lob für diese Rede des Bundeskanzlers gegeben. Das waren die üblichen Nörgler und Kritiker an der Vasallenfunktion der Bundesrepublik wie die Abgeordneten der Linkspartei, die sich kritisch geäußert hätten, vermerkte Albrecht Müller in seinem Beitrag.

r.a.



Foto: A. Fortunato

Friedenskundgebung in Seelow am 26. Februar 2022

Linke vor Ort

Wir laden Sie ein! Reden Sie mit uns über Corona!

Zu Gesprächen über den Kampf gegen Corona haben die drei Landtagsabgeordneten aus unserer Region: Bettina Fortunato (LINKE), Kristy Augustin (CDU) und Elske Hildebrandt (SPD) am 28. Februar auf den Marktplatz Seelow eingeladen. Einander zuhören und miteinander reden, war ihr Motto, und zahlreiche BürgerInnen nahmen das Angebot rege an. Zu den ca. 80 bis 100 TeilnehmerInnen zählten auch sogenannte Spaziergänger. Um 18 Uhr machten sich dann Viele von ihnen auf zu so genannten „Spaziergängen“. Auf dem Markt wurde aber weiter über diese Situation diskutiert, zum Teil sehr emotional und wütend. Alle drei Abgeordneten waren sich dennoch einig, dass das ein guter Anfang war und man die


Foto: A. Fortunato

Gespräche wiederholen werde. Sie unterstrichen ihr Verständnis dafür, dass Menschen viele Fragen zu Corona und zu den Regelungen haben. Dass Einige aber Regeln missachteten, gemeinsam „spazieren“ gehen und unsere Gesellschaft in Frage stellen, dafür könnten sie kein Verständnis zeigen. „Wir müssen nicht immer einer Meinung sein. Aber wir müssen auch erkennen, wann das oberste Gebot ganz einfach Solidarität heißt. Damit wir gefährdete Personengruppen schützen und das Gesundheitssystem nicht kollabiert“, so die drei Abgeordneten.

Simone Schubert

LINKE Klimapolitik ist Sozial- und Friedenspolitik

Jenny Stiebitz über Diskussion des Strausberger Klimakollektivs

Die Klimakatastrophe ist eine der größten Herausforderungen unserer Zeit. Auch auf kommunaler Ebene braucht sie eine höhere Aufmerksamkeit und sollte Schwerpunkt einer modernen sozialistischen Partei sein. Darüber tauschte sich unser Strausberger Klimakollektiv im Februar per Video-Schalte aus. Lorenz Gösta Beutin, einst Energie- und klimapolitischer Sprecher der Linksfraktion im Bundestag, formulierte die These, dass LINKE Klimapolitik zugleich auch immer Sozial- und Friedenspolitik sei: Zum einen, weil konsequente Klimapolitik neue Ungerechtigkeiten, gerade auch für die ärmsten Menschen im globalen Süden, vermeiden könne. Zum anderen, weil DIE LINKE den Klimaschutz mit sozial gerechten Übergängen und sozialer Absicherung für Betroffene verbinde. Sie gebe als einzige Partei in ihrer gesamten Wirtschafts- und Sozialpolitik mutige Antworten auf offene Fragen der Verteilung von Arbeit, Reichtum, Lebenschancen und Eigentum.

In Strausberg haben wir starke Hebel, die wir nutzen können, um unseren Beitrag zum Klimaschutz zu leisten. Da sind zum einen die Stadtwerke. Einwohner mit niedrigem Einkommen sind von den steigenden Energiepreisen am stärksten betroffen. Wenn wir den Ausbau von **preiswerteren regenerativen Energien** in unseren Stadtwerken voranbringen, unterstützen wir die Menschen und reduzieren unseren CO2-Ausstoß. Wir können einen Beitrag zur **energetischen Sanierung** leisten, indem wir sie bereits in Bebauungsplänen mitberücksichtigen. Es gibt viele Konzepte dazu wie den Mieterstrom: Vermieter*innen installieren Photovoltaik-Anlagen auf dem Dach und Mieter*innen können diesen kostengünstig nutzen.

Zum anderen können wir unseren Beitrag zur Verkehrswende leisten, indem wir kommunale Modelle entwickeln, die den **ÖPNV attraktiv und** im besten Fall **kostenlos** machen. Wir müssen es den Menschen einfach machen, auf die öffentlichen Verkehrsmittel umzusteigen, um so den motorisierten Individualverkehr einzudämmen. Dazu gehört auch der Ausbau entsprechender Infrastruktur wie **Fahrradwege und verkehrsberuhigter Zonen**. Doch die alles entscheidende Frage ist, wie wir Mehrheiten für ambitionierte Vorhaben gewinnen.

Weltenbummler

Tanz im Kimono zu japanischer Rockmusik

Mario Eska berichtet über seine Eindrücke in Tokio

Gerade sind die Olympische Winterspiele in Peking zu Ende gegangen.
Mario Eska aus Neuhardenberg hat die Olympischen Sommerspielen 2020 in Tokio live miterlebt. Über seine Eindrücke während des großen sportlichen Treffens sprach Impulse mit ihm.

Mario, was hat Dich 2020 nach Tokio verschlagen?
Ich bin im Bereich Medientechnische Dienstleistungen selbstständig und habe für die Übertragung der Olympischen Sommerspiele Kabel-Installationen vorgenommen. Das heißt, ich habe Kameras mit Übertragungstechnik verbunden. Dafür war ich von Juni bis Mitte September 2020 in Japan.

Die Spiele fanden ja auch bereits in Pandemie-Zeiten statt. Wie sind die Organisatoren gegen die Verbreitung des Corona-Virus umgegangen, ähnlich restriktiv wie China bei den Winterspielen in diesem Jahr?
Ja, aber nur ähnlich. Während in China alle Sportler, Betreuer und auch das technische Personal während der gesamten Spiele in einer „Blase“ gelebt haben, konnten wir Techniker in Japan nach einer 10-tägigen Quarantäne die Blase wieder verlassen.
Sportliche Wettkämpfe waren für mich Tabu. Da ich aber einen eigenen PKW zur Verfügung hatte, konnte ich Land und Leute etwas kennen lernen.

Welche Erlebnisse hattest Du mit Menschen im fernen Asien?
Insgesamt sind Japaner ein sehr höfliches Völkchen. Auch wenn es mir oft so vorkam, dass viel Fassade dabei ist. Aber das ist meine eigene Wahrnehmung.
Besondere Erlebnisse hatte ich viele. Einmal habe ich die einzige deutschsprachige evangelische Kirchgemeinde in Tokio besucht. Unser Pfarrer in Neuhardenberg, mit dem ich oft soziale Probleme in unserer Gemeinde bespreche, hatte mich darum gebeten. Mit dem Pfarrer der Kreuzkirche Tokyo in Japan hatte ich dann tatsächlich ein interessantes Gespräch über die Betreuung deutschsprachiger Ausländer. Die Kirche existiert bereits seit dem Ende des 19. Jahrhunderts.
Ein anderes Mal war ich Gast im Haus der Kommunistischen Partei Japans und habe mich über ihre politische Arbeit informiert.

Das war bestimmt spannend.
Zu meiner Überraschung traf ich hier einen älteren Genossen, der deutsch konnte. Er hatte einmal bei der Sächsischen Zeitung gearbeitet. Er berichtete, dass die KP Japans etwa 300.000 Mitglieder habe. Bei Wahlen erziele die Partei um die 10 Prozent der Stimmen. Konkret setze sich die Partei u. a. für Entschädigungszahlungen für Langzeitopfer der Atombombenabwürfe der USA am Ende des Zweiten Weltkrieges ein. Der Genosse äußerte sich erschrocken über das Agieren der AfD in Deutschland.
Besondere Erinnerung ist mir auch an einen Besuch auf dem Land geblieben. Da bauen Reisbauern jährlich Reispflanzen mit verschiedenen Reissorten und Farben so an, dass dieses Feld von oben gesehen ein riesiges Bild erscheinen lässt.
Da ich auch Punk-Rock affin bin, suche ich im Ausland auch immer nach Konzerten in kleinen Klubs. Das war unter Pandemiebedingungen natürlich eine Herausforderung. Aber ich bin fündig geworden. An einem Abend fand ich einen kleinen Klub, in dem vier Bands spielten. Und alle haben traditionelle japanische Musik mit hartem Rock verbunden. Im Publikum waren nicht wie sonst üblich nur Lederjacken-Träger, sondern auch Damen, die im Kimono ihrer Hüften zur Rockmusik mitschwangen.

Vielen Dank!
Bitte berichte uns gern wieder, wenn Du das nächste Mal an tollen Orten unterwegs bist.



Mario Eska in Tokio

Bürgerbüros

Bettina Fortunato (MdL)
Bürgerbüro Seelow
Breite Straße 9
15306 Seelow
Telefon:(0 33 46) 85 21 45
Telefax: (0 33 46) 85 21 47
buero-fortunato@t-online.de
www.bettina-fortunato.de
Montag bis Donnerstag
9.00 - 13.00 Uhr

Geschäftsstellen

Kreisgeschäftsstelle MOL
www.dielinke-mol.de
info@dielinke-mol.de

Strausberg
Große Straße 45
15344 Strausberg
Telefon:(0 33 41) 31 17 96
Telefax: (0 33 41) 31 47 75
strausberg@dielinke-mol.de
www.dielinke-strausberg.de
Montag bis Donnerstag
10.00 -12.30 Uhr

Bad Freienwalde
Grünstraße 8
16259 Bad Freienwalde
Telefon/Fax: (0 33 44) 33 45 41
frw@dielinke-mol.de
www.dielinke-frw.de
jeden 1. Dienstag im Monat
9.30 -11.30 Uhr
und jeden Donnerstag
16.00 - 18.00 Uhr

LinksTreff Seelow
Breite Straße 9
15306 Seelow
Telefon/Fax: (0 33 46) 85 21 47
seelow@dielinke-mol.de
www.dielinke-seelow.de
Montag bis Mittwoch
9.00 -12.00 Uhr

Nächste Ausgabe
Redaktionsschluss: 1. April 2022
Erscheinen: 15. April 2022

Treffpunkt Große Straße 45

Wir freuen uns auf Euren Besuch in der Kreisgeschäftsstelle der LINKEN in Strausberg, Große Straße 45, entsprechend der geltenden Corona-Bestimmungen:

Gemeinsames Frühstück
jeden Freitag, 9 bis 11 Uhr

Rotes Café
jeden 2. Donnerstag, 15 bis 17 Uhr,
17. März., 31. März und 14. April

Kostenlose Rechtsberatung – DIE LINKE hilft
jeden 1. Dienstag im Monat, 18.30 Uhr, vor Ort oder https://videokonferenz.die-linke.de/b/mat-olu-Osb-etw

Beratung des Kreisvorstandes
23. März, 18.30 Uhr,

Beratung der Kreistagsfraktion
Samstag 26. März, 9 - 12 Uhr

Müssen wir unbedingt Gendern?

Unsere Sprache hat nur begrenzten Einfluss auf reale Verhältnisse. Gendern führt z.B. nicht zu besserer Bezahlung von Frauen. Eine Gender-Sprache schafft noch keine gerechte Welt. Zwei Drittel der Deutschen (65%) lehnen das Gendern ab. Selbst bei den Jüngeren und Personen mit höherer Bildung sind es nur etwa jeder Dritte. 36 Prozent der würden sogar ein gesetzliches Verbot des Genderns „eher begrüßen“. Meiner Meinung nach ist Gendern ein akademisches Eliten-projekt und geht an der Lebens- und Sprachwirklichkeit vieler Menschen vorbei, es ist eine Bevormundung. Diese Sprache wirkt künstlich und ungewohnt. Sie ist umständlich und hässlich. Es lenkt von den Inhalten ab, indem es das Lesen behindert. Das Gendern lädt die Sprache politisch auf, es trägt zur Polarisierung bei.

Der Traum vom ewigen Frieden

Der Mensch ist ein soziales Wesen,
der nicht nur sieht Profit und Spesen.
Rücksicht nehmen, auch auf den von nebenan,
so fängt Erziehung schon von Kindes an.
Wir wünschen uns auf alle Fälle,
ganz gleich mit welcher der Corona-Welle,
mehrfach geimpft in diesem Sinne,
erheben wir gemeinsam unsere Stimme.

Lasst die Gesellschaft uns nicht spalten,
hört auf die Erfahrung auch der „Alten“.
Was sie gebaut, geschaffen haben,
so hört man viele sagen,
ging nur gemeinschaftlich in Frieden,
nach Zerstörung, Leid und Kriegen.

Mehr „WIR“ mit Solidarität,
weniger „ICH“, wenn es nur ums Ego geht.
Wenn wir überleben wollen
und jeder wachsen soll in seinen Rollen,
müssen wir Natur und Leben schätzen
und nicht schon wieder mit den Schwertern wetzen.

Menschen werdet endlich klug,
der Mahner gibt es doch genug.
Wann kommen Politiker zur Vernunft,
ist ausgestorben diese selbsternannte „Zunft“?
Sind Bürger von den Medien so verblendet,
dass es wieder in der Katastrophe endet?
Mensch, sag lautstark nein
und misch dich ein.

Wo viele nach dem Fortschritt streben,
in einem gleichberechtigten Zusammenleben,
hat Krieg, Vernichtung keinen Platz,
bewahren wir uns den teuren Friedensschatz.
Bei Visionen allein soll es nicht bleiben,
es gilt mit ganzer Kraft dafür zu streiten.

Thomas Friedel

IMPRESSUM
Herausgeber: Kreisvorstand der Partei DIE LINKE. MOL. Zuschriften bitte an die Geschäftsstelle in Strausberg. Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften bei Veröffentlichung redaktionell zu bearbeiten. Veröffentlichte und namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Der Druck der Zeitung „Impulse“ wird durch Spenden finanziert.
V.i.S.d.P.: Niels-Olaf Lüders, Tel. 03341-311796, Redaktion: Renate Adolph, Simone Schubert, info@dielinke-mol.de.
Layout u. Satz: Fortunato Werbung, www.fortunato-werbung.de, Fotos/Grafiken: DIE LINKE. MOL, privat